

Anfrage

des Abgeordneten Christian Hafenecker, MA
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Landesverteidigung und Sport
betreffend Datendiebstahl durch ausländische Geheimdienste

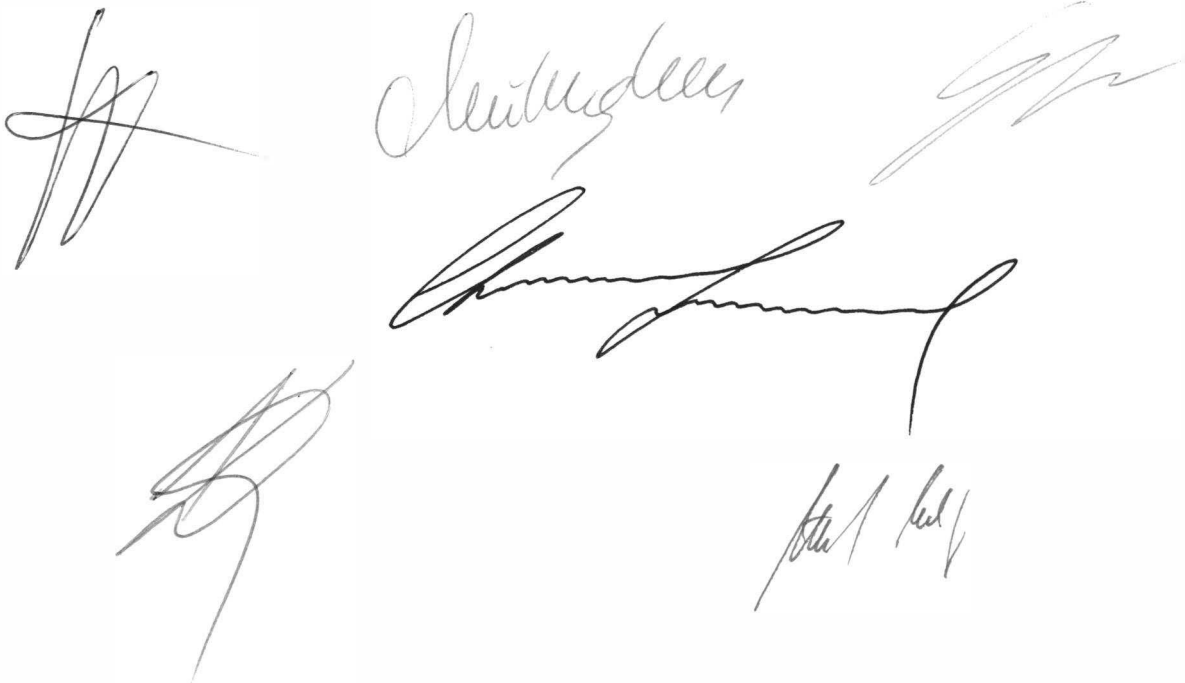
SIM-Karten sind Chips, die der Identifikation des Nutzers eines Mobiltelefons dienen und stellen daher ein sensibles Herzstück dieses Kommunikationsmittels dar. Wie im Februar 2015 unter Berufung auf das US-Onlineportal „The Intercept“ in diversen Medien berichtet wurde, sollen britische und US-amerikanische Geheimdienste, hier speziell der NSA, im Jahr 2010 millionenfach die Verschlüsselungsdaten von SIM-Karten-Herstellern gestohlen haben. Damit war es diesen möglich, ohne Wissen des Netzbetreibers Gespräche abzuhören, Kurznachrichten und Mails zu lesen sowie weitere, höchst private Informationen der Mobilfunknutzer zu generieren. Dazu zitiert die „Kronenzeitung“ in ihrer Ausgabe vom 21.2.2015 Linus Neumann vom Chaos Computer Club (CCC), einer europäischen Hackervereinigung: *„SIM-Karten sind der Vertrauensanker aller Sicherheitsvorkehrungen in Mobilfunknetzen. (...) Wer im Besitz der auf den SIM-Karten gespeicherten Krypto-Schlüssel ist, kann alle Telefonate der betroffenen SIM-Karten abhören. Das betrifft sowohl zukünftige als auch in der Vergangenheit aufgezeichnete Gespräche“*. Besonders betroffen von dieser Entwendung von Daten soll die niederländische Firma Gemalto, mit laut „Kurier“ (21.2.2015) zwei Milliarden produzierten SIM-Karten pro Jahr weltweit größter Hersteller, sein. Dieses Unternehmen produziert unter anderem auch Türschließsysteme für Banken sowie Chips für Bankomatkarten, Dienstaussweise und Reisepässe. Wie aus einer Anfrage (8181/J) des Abgeordneten Dr. Jarolim hervorgeht, ließ die Österreichische Staatsdruckerei im Auftrag des Innenministeriums bei besagter Firma Ausweisdokumente produzieren: *„Seit Beginn des Jahres 2000 wurde die Österreichische Staatsdruckerei GmbH vom BMI mit der Erbringung von sogenannten „Integratorleistungen“ in Verbindung mit der Einführung des neuen Sicherheitspasses und von Ausweisen im Scheckkartenformat (Führerschein, Personalausweise, etc.) beauftragt. Dies erfolgt jeweils nach folgendem Schema: Das BMI vergibt einen langfristigen Auftrag für das jeweilige Produkt ohne Ausschreibung an die Österreichische Staatsdruckerei GmbH, diese wiederum gibt die Aufträge kurzfristig mit einer hohen Gewinnspanne an andere Unternehmen im In- und Ausland weiter. Die Österreichische Staatsdruckerei könnte diese Aufträge gar nicht selbst ausführen, da sie weder über eine ausreichende Kapazität aufgrund von langjährigen unterdurchschnittlichen Investitionen in Technische Anlagen und Maschinen, noch über die entsprechenden Lizenzen für wichtige Sicherheitsfeatures verfügt. Rahmenvereinbarungen für die Produktion von Ausweisdokumenten wurden von der Staatsdruckerei unter anderem mit den beiden Deutschen Firmen Giesecke & Devirent GmbH und Gemalto GmbH sowie mit der Schweizer Firma Trüb AG abgeschlossen“*.

Die Sicherheit von Daten ist gerade beim Österreichischen Bundesheer und beim Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport von größter Wichtigkeit. Daher ist ein möglicher Zugriff auf diese durch ausländische Geheimdienste vollständig aufzuklären.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Landesverteidigung und Sport folgende

Anfrage

1. Werden vom Österreichischen Bundesheer bzw. vom Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport insbesondere bei Dienstausweisen, Diensthandys oder Schließsystemen Produkte der Firmen Gemalto verwendet?
2. Wenn ja, in welchen Bereichen?
3. Können Sie ausschließen, dass ausländische Geheimdienste in diesem Zusammenhang auf Daten zugreifen konnten bzw. können?
4. Hat das Heeresnachrichtenamt bzw. das Abwehramt Ermittlungen in dieser Causa aufgenommen?
5. Wenn ja, wie ist der Stand dieser?

The image shows five handwritten signatures in black ink. The signatures are arranged in two rows. The top row contains three signatures, and the bottom row contains two. The signatures are stylized and difficult to read, but they appear to be the names of the members of the Austrian Parliament who submitted the inquiry.